

Faschismus und soziale Ungleichheit

Veranstalter: Gesellschaftswissenschaftliches Institut Bochum

Datum, Ort: 14.01.2006–15.01.2006, Bochum

Bericht von: Hans Martin Krämer, Fakultät für Ostasienwissenschaften / Sektion Geschichte Japans, Ruhr-Universität Bochum; Marius Schiffer, Ruhr-Universität Bochum

Von Götz Alys im Jahre 2005 erschienener Publikation „Hitlers Volksstaat“ nahm eine Tagung unter dem Titel „Faschismus und soziale Ungleichheit“, die das Gesellschaftswissenschaftliche Institut Bochum am 14. und 15. Januar 2006 an der Ruhr-Universität Bochum abhielt, ihren Ausgang. Ausweislich des Einladungstextes sollte es nicht bei einer historischen Betrachtung allein des Nationalsozialismus bleiben, sondern darüber hinausgehend die Frage gestellt werden, inwieweit die Wurzeln der Sozialstaatskonzeptionen der Nachkriegszeit in faschistischen Vorstellungen einer ‚Volksgemeinschaft‘ zu suchen sein könnten. Um diesen Anspruch zu erfüllen, hatte die Tagung einen explizit interdisziplinären Anspruch: Neben Historiker/innen verschiedener Ausrichtungen (Politikgeschichte, Wirtschaftsgeschichte, Technikgeschichte) kamen auch Philosophen zu Wort, um die begriffliche und konzeptionelle Dimension von Sozialstaatlichkeit und zentraler Begriffe wie „Volk“ zu vertiefen. Schon bald wurde klar, dass sich nahezu ausschließlich scharfe Kritiker/innen von Alys Thesen versammelt hatten, sowohl unter den Vortragenden als auch im Publikum.

Noch am ehesten dem Buch „Hitlers Volksstaat“ etwas abgewinnen konnte wohl die erste Referentin, Gabriele Metzler (Tübingen), die „Zur Kontinuität und Diskontinuität sozialstaatlicher Politik im Nationalsozialismus“ vortrug. Ihre zentrale These war, dass der Alys'sche Versuch der Diskreditierung des Sozialstaats mit Verweis auf seine Herkunft aus dem Nationalsozialismus fehl gehe, da die Wurzeln des Sozialstaates weiter zurückreichen. Die Ideen für den autoritären Wohlfahrtsstaat seien häufig schon im 19. Jahrhundert entworfen worden; konkrete Maßnahmen in diesem Sinne seien dann in der späten Wei-

marer Republik ergriffen worden. Alys Hinweise auf sozialstaatliche Elemente im NS seien also zwar nicht per se falsch, doch müsse man diese in langer Sicht relativieren. Im Grund habe der NS lediglich die auf Disziplinierung und Kontrolle gerichteten Elemente, die seit dem 19. Jahrhundert bestanden hätten, radikalisiert. Insbesondere greife Alys Annahme, der Sozialstaat habe in der BRD fortexistiert, zu kurz. Allenfalls könne man Kontinuitäten vom NS zur frühen BRD bis etwa 1960 sehen, so im Personal der Sozialverwaltungen, in disziplinierenden Praktiken beispielsweise der Jugendfürsorge oder Psychiatrie und in sozialpolitischen Vorstellungen (wie „Verwahrlosung“ oder „Asozialität“). Eine tiefer gehende argumentative Verknüpfung von Demokratie und Sozialstaatlichkeit habe tatsächlich erst Ende der 1950er, Anfang der 1960er-Jahre stattgefunden. So habe 1961 die Einführung der Sozialhilfe das Ende der Fürsorge als leitendes Prinzip eingeleitet. Nicht zu übersehen seien aber auch schon die tiefen Brüche zwischen dem NS und der frühen BRD. So seien alle Gesetze mit Rassebestimmungen 1945 aufgehoben worden, habe der Sozialstaat ein zentrales Selbstdarstellungselement der BRD dargestellt und sei wirtschaftliches Wachstum in Sozialleistungen umgesetzt worden. In der Diskussion wurde der Begriff von „Kontinuität“ teilweise kritisch kommentiert. So wies ein Teilnehmer darauf hin, dass der NS-„Sozialstaat“ in Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise entstanden sei, während der BRD-Sozialstaat vor dem Hintergrund der Vollbeschäftigung verwirklicht worden sei, so dass die Rede von Kontinuität wichtige Zusammenhänge verdecke. Des Weiteren wurde auf die eklatante Diskontinuität hinsichtlich der betrieblichen Demokratie hingewiesen, die zwischen 1933 und 1945 völlig ausgeschaltet worden sei.

Wolfgang König (Berlin) trug in seinem Vortrag mit dem Titel „Volksgemeinschaft und Konsumgesellschaft. Anspruch und Wirklichkeit im Nationalsozialismus“ aus technikgeschichtlicher Perspektive zur Kritik an Alys bei. Eine Konsumgesellschaft, zu definieren als Gesellschaft, in der die Mehrzahl der Bevölkerung deutlich über Grundbedürfnisse hinaus konsumiere, habe es in der BRD erst seit den 1960er-Jahren gegeben. Jeglicher

Verweis auf erhöhte Konsumgelegenheiten während des NS sei also grundsätzlich mit Vorsicht zu begegnen. Hinzu komme, dass sich im internationalen Vergleich zeige, dass die Kaufkraft in Deutschland in den 1930er-Jahren der in Großbritannien, erst recht der in den USA weit unterlegen gewesen sei. Auf ideologischer Ebene habe die Konsumgesellschaft im NS eine gewisse Rolle gespielt, obwohl sie nicht direkt als solche formuliert worden sei. Insbesondere die so genannten Volksprodukte, worunter König den Volksempfänger, den Volksfernseher, den Volkskühlschrank, das Volkswohnungsprogramm, den Volkswagen und die KdF-Reisen fasste, seien aber Ausdruck einer aktiv vom Regime verfolgten Konsumpolitik gewesen. Da aber bis auf den Volksempfänger (und eingeschränkt der KdF-Reisen) keines der genannten Produkte während des NS verwirklicht worden sei, seien die Volksprodukte letztlich Bestandteil der Propaganda gewesen. Dazu komme, dass selbst der Volksempfänger, die KdF-Reisen und der geplante Volkswagen für viele gar nicht erschwinglich gewesen seien. Das Regime habe durch seine Angebotsorientierung, die sich in dem Glauben an Rationalisierung ausgedrückt habe, die Nachfrageorientierung, also die reale Konsumkraft der Bevölkerung, vernachlässigt.

Hans Martin Krämer (Bochum) ergänzte die deutsche Sicht durch sein Referat zur „Sozialpolitik im faschistischen Japan“. Japan biete ein geeignetes Vergleichsobjekt zu Deutschland (und Italien), da es einen ähnlichen Entwicklungsweg von der Gründung eines modernen Nationalstaates in den 1870er-Jahren bis zum Faschismus und Kriegsende 1945 durchlaufen habe. Krämer wies auf die etatistische Uminterpretation der Begriffe „Sozialpolitik“ und „Arbeit“ hin, wie sie im japanischen Faschismus vorgenommen worden sei. Hingegen habe der Topos von der Chancengleichheit, der in der bildungspolitischen Diskussion der 1930er-Jahre häufig anzutreffen sei, zwar ebenfalls eine stark etatistische Konnotation, deute aber auch auf ein egalitäres Moment in Diskussionen über das Verhältnis der Bürger zu ihrem Staat hin. Konkreten Ausdruck hätten solche Überlegungen zur Gleichheit in der Bildungspolitik durch

die Ausweitung von Bildungschancen, gerade auch für Frauen, zwischen ca. 1930 und 1945 gehabt. Zur Sozialpolitik im engeren Sinne führte Krämer aus, dass um 1940 ein soziales Sicherungssystem mit Krankenversicherung und Rentenversicherung im großen Stil errichtet worden sei. Die sozialen Segnungen hätten jedoch eine Art Volksgemeinschaft konstituiert, indem nicht Arbeitsfähige und teilweise auch die koreanische Minderheit ihrer nicht teilhaftig geworden seien. In diesem Punkt zeige sich auch eine auffällige Kontinuität zur postfaschistischen Gesellschaft. Das Kontinuitätselement werde dadurch verstärkt, dass es sich bei der Einführung des sozialen Sicherungssystems nicht um kurzfristige „Geschenke ans Volk“ gehandelt habe, sondern um länger geplante und langfristig angelegte professionelle Vorhaben der Ministerialbürokratie. Insgesamt, so Krämer, könne man fast sagen, Alys Skizze des „Volksstaates“ treffe auf Japan eher zu als auf Deutschland.

Thomas Kuczinski (Berlin) folgte der traditionellen marxistischen Faschismus-Interpretation, als er in seinem Beitrag „Sozialpolitik als notwendiger Bestandteil nazifaschistischer Wirtschaftspolitik“ Aly vorwarf, „der Nazi-Ideologie voll auf den Leim gegangen“ zu sein. Sozialpolitische Maßnahmen nämlich habe das Regime nur dort eingesetzt, wo es zur Durchsetzung des innenpolitischen Zieles der Vernichtung des politischen Gegners und des außenpolitischen Zieles der Revision von Versailles nötig gewesen sei. Tatsächlich habe die Arbeiterschaft aber reale soziale Einbußen hinnehmen müssen: Die Reallöhne seien gesunken, die Arbeitszeiten länger, die Arbeit intensiver geworden, daher Unfälle häufiger. Überdies sei es absurd anzunehmen, die Unternehmer hätten den Krieg und gar erst den Luxus der Soldaten an der Front finanziert: „Die wirklichen Profiteure des Krieges waren auf der Seite des Kapitals zu finden.“ Kuczinski belegte seine Behauptungen mit detailliertem Zahlenmaterial. Der Ausrüstungsstand der Industrie, insbesondere der Schwerindustrie, sei 1945 so modern gewesen wie nie zuvor. Selbst wenn man die Kriegsverluste berücksichtigt, seien die Investitionen in der Schwerindustrie zwischen 1940 und 1944

um 80 Prozent höher gewesen als zwischen 1933 und 1939. Zaghafte Einwände aus dem Publikum, Aly sei es nicht um das Ergebnis 1945 gegangen, sondern um die steuerliche Belastung aus dem Krieg, wischte Kuczinski mit dem Hinweis beiseite, Alys Begriff von Bourgeoisie sei lächerlich: Er rede von Hausbesitzern und nicht, wie es nötig sei, von den Thyssens, Krupps usw.

Ganz ähnlich argumentierte Kurt Pätzold (Berlin), der in seinem Vortrag „Die Legende vom üppigen Leben der Deutschen auf dem Weg zur Heimatfront“ aber mehr die Vorkriegsjahre des NS in den Blick nahm. Er begann seinen Vortrag mit Zitaten aus Görings Verteidigungsrede vor dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozess, der NS habe das Wohl der Arbeiter zur Hauptsache erklärt und sei damit bis 1939 auch erfolgreich gewesen. Aly führe eigentlich nur diese apologetischen Ausführungen fort, was ein Skandal sei, leider aber auch nicht neu – schon in der Vergangenheit hätten Historiker ähnlich argumentiert. Pätzold untermauerte seine Ansicht, dass die Lebensbedingungen der Arbeiter sich zwischen 1933 und 1939 deutlich verschlechtert hätten, mit ausführlichen Zitaten aus den für die NS-Führung bestimmten internen Meldungen des Sicherheitsdienstes. In diesen werde offenkundig, dass um 1938/39 materielle Not das Alltagsleben der Industrie- und Landarbeiter bestimmt habe, in solch einem Ausmaß, dass es bedrohlich für die Stabilität des Regimes gewesen sei. In den Großstädten hätten Arbeiter in menschenunwürdigen Verhältnissen gewohnt, eine massive Landflucht habe zu einem akuten Arbeitskräftemangel auf dem Land, zur Unterversorgung mit Nahrungsmitteln und damit wiederum zu Mangelernährung in der Bevölkerung geführt; der Arbeitskräftemangel habe eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit und damit eine Zunahme von Überstunden und Krankheitsausfällen zum Ergebnis gehabt. Diese Ausführungen Pätzolds waren in der Diskussion weniger Gegenstand der Kritik als vielmehr seine Behauptung, von all dem sei nicht nur in der BRD-Historiographie wenig zu finden, sondern die einschlägigen Standardwerke seien zudem schon immer Alys Argumentation gefolgt, die Lage der Arbeiter habe sich während der 1930er-Jahre

verbessert. Dieser Ansicht wurde aus dem Publikum vehement widersprochen und demgegenüber die Neuartigkeit von Alys Ansicht bekräftigt. Auf Alys zentrales Anliegen, also der Unterstützung des Regimes durch die breite Bevölkerung, hin angesprochen, führte Pätzold aus, Terror, Demagogie und Erfolgsbestechung seien ausreichend gewesen, die Stabilität zu garantieren. Hingegen hätten weder die ideologische Überzeugung (wie durch Goldhagen behauptet) noch eine materielle Besserstellung (wie durch Aly behauptet) relevante Faktoren für die Systemstabilisierung dargestellt. Trotz aller Ablehnung von Alys Untersuchungsergebnissen betonte Pätzold, dass er Alys Verdienst nicht bestreite, der Geschichtswissenschaft in diese Forschungsrichtung einen Anstoß gegeben zu haben.

Thematisch etwas quer zum Hauptthema der Tagung stand der Beitrag von Hans-Georg Bensch (Hannover) mit dem Titel „Die Begründung sozialstaatlicher Konzeptionen in der klassischen deutschen Philosophie“. Bensch führte im Wesentlichen aus, dass bei Kant und Hegel der Sozialstaatsgedanke keinen Ort gehabt habe. Hegel habe im Gegensatz zum klassischen Liberalismus (Locke) zwar Fortschritt nicht notwendig als mit Arbeit verbunden gesehen, sondern erkannt, dass Arbeit selbst zu Armut führen könne. Letztlich habe Hegel aber Freiheit doch nur innerhalb auf bestimmter Weise organisierter, notwendiger Arbeit verwirklicht gesehen und damit eine gesellschaftliche Bestimmung als Naturbestimmung gedeutet.

Ebenfalls eher theoretisch-abstrakt waren die Ausführungen von Thomas Haury (Freiburg) zum „Konnex von Volk, Nation und Antisemitismus in der Moderne“. Haury stellte zunächst klar, dass Antisemitismus ein kohärent organisiertes Weltbild sei, das in den Sphären Ökonomie („die Juden“ als Erfinder des Kapitalismus), Politik („die Juden“ als Bolschewisten) und Kultur („die Juden“ als modernistische Zersetzer) sichtbar sei. Der Antisemitismus sehe im Juden also die Personifizierung all dessen, was an der Moderne bedrohlich sei. Die Moderne aber habe zum Ergebnis, dass die Individuen, die zuvor in einem System stabil lebten, nur noch als funktionalen Teilsystemen jeweils teilzugehö-

rig prekär auf sich geworfen seien. Die Nation nun als spezifische Egalität verheißende vorgestellte Gemeinschaft verspreche genau das Gegenteil von dem, was in der Moderne gesellschaftliche Realität sei, nämlich die stabile Geborgenheit in einer Einheit. Der Konnex aus diesen Überlegungen ergebe sich daraus, dass „der Jude“ der ideale Feind zur Stabilisierung der Gemeinschaftsvorstellung Nation sei, sei er doch für den Antisemiten die personifizierte Moderne, gegen die sich die Nation richte. Als Volk, das keine eigene Nation bilde, seien „die Juden“ das Gegenprinzip von Nation überhaupt, das diese nicht nur, wie andere Nationen, von außen, sondern sogar von innen bedrohen könne. In der Diskussion wurde Haury scharf für seine konstruktivistische Herangehensweise angegriffen. Mehrere Anwesende mochten nur ungern Abschied von der Vorstellung nehmen, dass die Nation eine objektive Realität sei. Gewichtiger wog wohl der Einwand, zwischen „Volk“ und „Nation“ sei zu differenzieren, zumal die Begriffe in den Diskussionstraditionen verschiedener Länder unterschiedlich konnotiert seien. Ebenso widerspreche das Beispiel der Französischen Revolution Haury's Ansicht, jede Nationswerdung richte sich gegen die Moderne und sei unweigerlich mit der Produktion von Feindbildern verbunden.

Gänzlich abseits der wissenschaftlichen Auseinandersetzung stellte sich Domenico Losurdo (Urbino) mit seinem Referat zu „Liberalismus, ‚Herrenvolk democracy‘ und Nazifaschismus“. Einer langen Aneinanderreihung von Zitaten von prominenten Nationalsozialisten wie Hitler, Rosenberg und dem Geopolitiker Friedrich Ratzel, in denen die USA als vorbildlicher Rassestaat in Erscheinung traten, ließ er nicht etwa eine kritische Auseinandersetzung mit dem USA-Bild des NS folgen. Vielmehr folgte Losurdo der von ihm geschilderten Charakterisierung der USA unhinterfragt und nutzte die NS-Zitate als Ausgangspunkt zu einer pauschalisierenden Sicht auf die US-Geschichte. Eine „Herrenvolk democracy“, also eine Demokratie nur für die weiße Rasse, sei nicht nur konstitutiv für die Gründung der USA, sondern auch bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts prägend für die Gesellschaft der Vereinigten Staaten gewesen. Dass dem Ganzen

zum Schluss der mit keinerlei Argumentation verknüpfte, suggestiv vorgebrachte Hinweis darauf folgte, Henry Ford und Theodore Roosevelt seien große Antisemiten gewesen, bekamen Teile der ZuhörerInnen nicht mehr mit, weil sie schon zuvor aus Protest den Saal verlassen hatten. In der hitzigen Diskussion verstieg sich Losurdo schließlich zu der Bemerkung, Antizionismus sei mit Nazismus gleichzusetzen, weil beides Amerikanismen seien.

Christoph Bauer (Bochum) hatte für das Gesellschaftswissenschaftliche Institut Bochum in seinem Einleitungsvortrag den fachübergreifenden Dialog über Probleme der Sozialstaatlichkeit als allgemeines Interesse der Tagung formuliert. In der Tat war der Diskussionszusammenhang der Tagung eng genug, so dass es jeweils anregende Diskussionen in der lobenswerterweise reichlich dafür vorgesehenen Zeit gab. Und zumindest die Verknüpfung des Themas mit politischen Fragen, ein weiteres ausdrücklich artikuliertes Ziel der VeranstalterInnen, war Bestandteil vieler Diskussionsbeiträge. Zu einem wirklich interdisziplinären Dialog ist es freilich nicht gekommen: Nicht nur der ärgerliche Beitrag von Losurdo, auch die theoretisch ausgerichteten Beiträge berührten zu wenig den Kern der Tagung, die Frage nach sozialer (Un)Gleichheit im Faschismus, um wirklich auf das Interesse der HistorikerInnen zu stoßen. Eine Gelegenheit haben die OrganisatorInnen Tagung jedoch noch, diesem Zustand abzuwehren: In dem geplanten Tagungsband kann vielleicht noch eine höhere Kohärenz der Beiträge erreicht werden.

Tagungsbericht *Faschismus und soziale Ungleichheit*. 14.01.2006–15.01.2006, Bochum, in: H-Soz-Kult 10.02.2006.